Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 26.02.2010

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Bericht zur politischen Bildung 2009

Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass politische Bildung sehr viel mehr ist, als nur der WiPo-Unterricht in der Schule oder der Vortrag über den Zweiten Weltkrieg an der Volkshochschule. Zwar steht im Vordergrund der politischen Bildung, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Alter Kenntnisse über demokratische Systeme und demokratische Spielregeln erwerben. Sehr viel wichtiger ist aber, dass politische Bildung als integrativer Bestandteil unseres Lebens verstanden wird. Sobald Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen erwartet wird, brauchen wir unsere politische Kompetenz. Wir müssen selbstbewusst und selbstorganisiert Denken und Handeln, Verantwortung tragen, Urteile fällen, tolerant sein und mit Kritik umgehen können.

Dementsprechend geht aus dem vorliegenden Bericht auch ein sehr breites Verständnis von politischer Bildung hervor. Dieser wirkt auf den ersten Blick wenig prägnant, erst auf den zweiten Blick wird deutlich, dass er eigentlich nur die Tatsache wiedergibt, dass politische Bildung und damit politisches Handeln und Denken eine alltägliche Lebensform sind und deswegen eben in so vielen Bereichen zu finden sind.

Obwohl der Bericht sehr beeindruckend darstellt, wie umfassend politische Bildung in Schleswig-Holstein ist, haben sich in den letzten zehn Jahren Veränderungen ergeben, die aus Sicht des SSW näher zu betrachten sind. Ich möchte an dieser Stelle drei Beispiele dafür nennen.

Erstens die zunehmende Notwendigkeit bürgerschaftlichen Engagements. Damit meine ich zum Beispiel die Arbeit der Landesschülervertretungen, die noch vor zehn Jahren mit der Einrichtung des Arbeitskreises „Schüler Helfen Leben“, ihren Kampagnen „Nutze Dein Recht“ oder Demonstrationen vor dem Landeshaus für mehr Schülerpartizipation eingetreten sind. Aus dieser Zeit stammen die Einführung des Schulprogramms und die drittelparitätische Besetzung der Schulkonferenzen - da kann man mal sehen, was unsere Schülerinnen und Schüler erfolgreich erkämpft haben. Weiter muss die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungs- und Gestaltungsprozessen genannt werden. In den Gemeinden wurden Kinder zum ersten Mal an der Gestaltung von KiTas, Freizeitparks, Schulhöfen oder Spielgeländen beteiligt. Das bürgerschaftliche Engagement liegt dem SSW schon seit Urzeiten am Herzen und wir wollen dieses auch in Zukunft erhalten.

Zweitens möchte ich an dieser Stelle den Umgang mit den nationalen Minderheiten Schleswig-Holsteins im vorliegenden Bericht kritisieren. Wenn man sich im Vergleich mal den Bericht von 1998 anguckt, wird da immerhin noch erwähnt, dass die Heimvolkshochschule Jarplund eine dänische Heimvolkshochschule ist. Und unter den Einrichtungen der politischen Bildung wurde auch noch der Sydslesvigsk Oplysningsforbund genannt. Im aktuellen Bericht werden die nationalen Minderheiten mit einem Satz erwähnt. Dieser lautet (ich zitiere): „(…) das Bemühen das Landes, die Gleichstellung der Lebensverhältnisse von Minderheiten und Mehrheitsbevölkerung zu gewährleisten, ist ein Schwerpunkt des Regierungshandelns in Schleswig-Holstein.“

Von dieser politischen Absichtserklärung abgesehen, spielt die Kenntnis über die Minderheiten in der politischen Bildung kaum eine Rolle. Weder in einer Sprachenpolitik des Landes noch mit einer Finanzierung des „Demokratie-Projektes“ - entstanden aus der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ hat sich die Landesregierung bisher in der Minderheitenpolitik sonderlich engagiert oder markiert. Für den SSW ist natürlich von besonderer Bedeutung, wie die Minderheiten in der politischen Bildung sichtbarer werden können. Ein erster Ansatz wäre da zum Beispiel eine deutlichere Verankerung der Minderheiten, ihrer Geschichte und Kultur in den Lehrplänen und eine Ausweitung der Sprachunterrichts in friesischer und dänischer Sprache.

Als dritten Punkt möchte ich an dieser Stelle das FÖJ nennen. Der vorliegende Bericht gibt zum Ausdruck, wie wichtig die Freiwilligen Dienste für Persönlichkeitsförderung, Berufswahlorientierung und das verantwortungsbewusste Handeln sind. Gleichzeitig kündigt die Landesregierung Kürzungen in diesem Bereich an. Aus Sicht des SSW kann es nicht angehen, dass man einerseits einen fetten Bericht vorlegt und

andererseits nicht bereit ist, Geld in die Hand zu nehmen, um die Vielfalt der politischen Bildung im Land in Zukunft zu erhalten. Bildung ist nicht zum Nulltarif zu kriegen - aber sie ist die beste Zukunftsinvestition, die wir machen können.